

HÖRT UNS ZU!

**Wie junge Menschen die Politik
in Deutschland und die Vertretung
ihrer Interessen wahrnehmen**

Eine Befragung im Auftrag der
Vodafone Stiftung Deutschland



Inhalt

- 01 Vorwort
- 02 Executive Summary

- 04 **Junge Menschen sind politisch interessiert**
- 08 **Die Bundestagswahl hatte einen hohen Stellenwert**
- 10 **Unzufriedenheit, Gefühl mangelnder Selbstwirksamkeit und Skepsis gegenüber der Demokratie**

- 16 Interview mit Max Lucks (Bündnis 90 / Die Grünen)
Politik muss auf Menschen zugehen
- 18 Interview mit Ria Schröder (FDP)
Demokratische Mitbestimmung schon in der Grundschule leben
- 20 Interview mit Tobias Bacherle (Bündnis 90 / Die Grünen)
Mehr Abgeordnete in die Schulen holen
- 22 Interview mit Maximilian Funke-Kaiser (FDP)
Digitalisierung als Schlüsselthema
- 24 Interview mit Deborah Düring (Bündnis 90 / Die Grünen)
Echte Veränderung erleben

- 26 **Junge Menschen sorgen sich um die eigene Zukunft und die der nächsten Generation**
- 28 **Mehr junge Politiker:innen und einen Jugendrat**
- 30 **Hier erreichen Politiker:innen die jungen Menschen**

- 32 Untersuchungssteckbrief
- 33 Impressum

Der Jugend eine Stimme geben

Dr. Johanna Börsch-Supan

Die Politik hat jungen Menschen in den vergangenen zwei Jahren viel abverlangt: mangelnde Digitalisierung an Schulen, monatelange Schulschließungen, kaum Kontakt zu Freunden, wenig Fortschritt beim Klimaschutz.

Deshalb hat die Vodafone Stiftung im Herbst 2021 14- bis 24-Jährige in Deutschland befragt, wie zufrieden sie mit der Berücksichtigung ihrer Interessen und mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland sind. Ihre Antworten sind alarmierend: Die Unzufriedenheit und die Sorgen junger Menschen gehen weit über die Tagespolitik hinaus.

Zwar nehmen junge Menschen ihre Generation als eine wahr, die politisch etwas verändern möchte, jedoch hat weniger als ein Drittel das Gefühl, Politik beeinflussen zu können. Die meisten erleben die deutsche Demokratie als zu schwerfällig, um die Herausforderungen unserer Zeit zu lösen.

Entsprechend bedrückt blicken junge Menschen nach vorne: 86 Prozent machen sich Sorgen um ihre Zukunft und ebenfalls 86 Prozent glauben nicht, dass es künftigen Generationen besser gehen wird als ihnen. Man darf davon ausgehen, dass der Krieg in der Ukraine diese Zukunftssorgen weiter verschärft hat und gleichzeitig die Anliegen junger Menschen auf absehbare Zeit wieder in den Hintergrund rücken lassen wird.

Die Befragungsergebnisse geben aber auch konkrete Hinweise, in welchen Bereichen Politiker:innen umdenken müssen, wenn sie junge Menschen besser erreichen möchten. Um den Dialog zwischen Politik und Jugend anzuregen und die Debatte zielführend voranzutreiben, haben wir fünf junge Bundestagsabgeordnete von FDP und Bündnis 90/Die Grünen – den beiden Parteien, die bei der letzten Bundestagswahl die meisten Stimmen junger Menschen erhalten haben – gebeten, die Studienergebnisse und die darin enthaltenen Anregungen von jungen Menschen zu kommentieren. Wir sprachen außerdem über ihre Vision einer Politik, der es gelingt, Gegenwart und Zukunft gemeinsam mit der jungen Generation zu gestalten.

So unterschiedlich die Perspektiven der jungen Parlamentarier auch sind, sie alle eint, dass sie die Stimme der Jugend im aktuellen politischen Diskurs stärken möchten. Das ist gut, denn es ist höchste Zeit. Und es gibt – gemeinsam – viel zu tun.

Executive Summary

Politisches Interesse und der Wunsch nach Veränderung

Die Generation der 14- bis 24-Jährigen prägt die Nachrichten der vergangenen Monate vor allem durch politische Bewegungen wie »Fridays for Future«. Analog dazu zeigt die Befragung von infratest dimap im Auftrag der Vodafone Stiftung: Etwa zwei Drittel (64 Prozent) der 14- bis 24-Jährigen in Deutschland haben Interesse an politischen Themen. Die Mehrheit (69 Prozent) gibt an, sich mindestens einmal pro Woche darüber zu informieren. Weit über die Hälfte (66 Prozent) nehmen Gleichaltrige als Teil einer Generation wahr, die politisch etwas verändern möchte.

Der hohe Stellenwert der Bundestagswahl

Als ein wichtiges Ereignis wurde die Bundestagswahl 2021 von Jugendlichen und jungen Erwachsenen wahrgenommen. Dabei zeigte die große Mehrheit der 14- bis 24-Jährigen Interesse an ihrem Ausgang (85 Prozent). Bei den Wahlberechtigten zeigte sich mit 91 Prozent ein noch größeres Interesse. Fast alle befragten Jung- und Erstwähler:innen (92 Prozent) hatten die Absicht, wählen zu gehen.

Unzufriedenheit, Gefühl mangelnder Selbstwirksamkeit und Skepsis gegenüber der Demokratie

Gleichzeitig fühlen sich die meisten Befragten von der Politik nicht gut vertreten. 73 Prozent der 14- bis 24-Jährigen sehen die Anliegen und Interessen der jungen Generation von der Politik nicht ausreichend berücksichtigt. 75 Prozent sehen die Interessen der Bevölkerung nicht ausreichend von der Politik mitgedacht. Darüber hinaus begleitet junge Menschen das Gefühl mangelnder Selbstwirksamkeit: Zwei Drittel der 14- bis 24-Jährigen (67 Prozent) haben das Gefühl, Politik nicht beeinflussen zu können, und der Hälfte (50 Prozent) fällt es schwer, zu verstehen, wie Politik in Deutschland funktioniert.

Skepsis prägt auch die Sicht junger Menschen auf die Demokratie in Deutschland. Gerade einmal die Hälfte der Befragten (50 Prozent) ist zufrieden damit, wie Demokratie in Deutschland funktioniert. Die meisten erleben die deutsche Demokratie als zu schwerfällig, um aktuelle und zukünftige Herausforderungen zu lösen (75 Prozent).

Sorge um die eigene Zukunft und die der nächsten Generationen

Die Angst junger Menschen um die eigene Zukunft sowie die der nächsten Generation ist groß. 85 Prozent der 14- bis 24-Jährigen sind der Meinung, auch die Interessen zukünftiger Generationen würden von der Politik zu wenig berücksichtigt. 86 Prozent machen sich Sorgen um ihre Zukunft. Nur 8 Prozent haben die Hoffnung, dass es ihren Kindern einmal besser gehen wird als ihnen.

Entsprechend pessimistisch blicken viele in die Zukunft: Lediglich 39 Prozent erwarten, dass im Jahr 2050 Menschen in Deutschland nicht mehr aufgrund von Nationalität, Hautfarbe, Religion oder Gender benachteiligt werden. Weniger als ein Drittel (30 Prozent) denkt, dass Deutschland bis dahin sozial gerechter sein wird als heute, und nur 28 Prozent haben die Hoffnung, dass das deutsche Bildungssystem zu diesem Zeitpunkt erstklassig sein wird.

Mehr junge Politiker:innen und einen Jugendrat

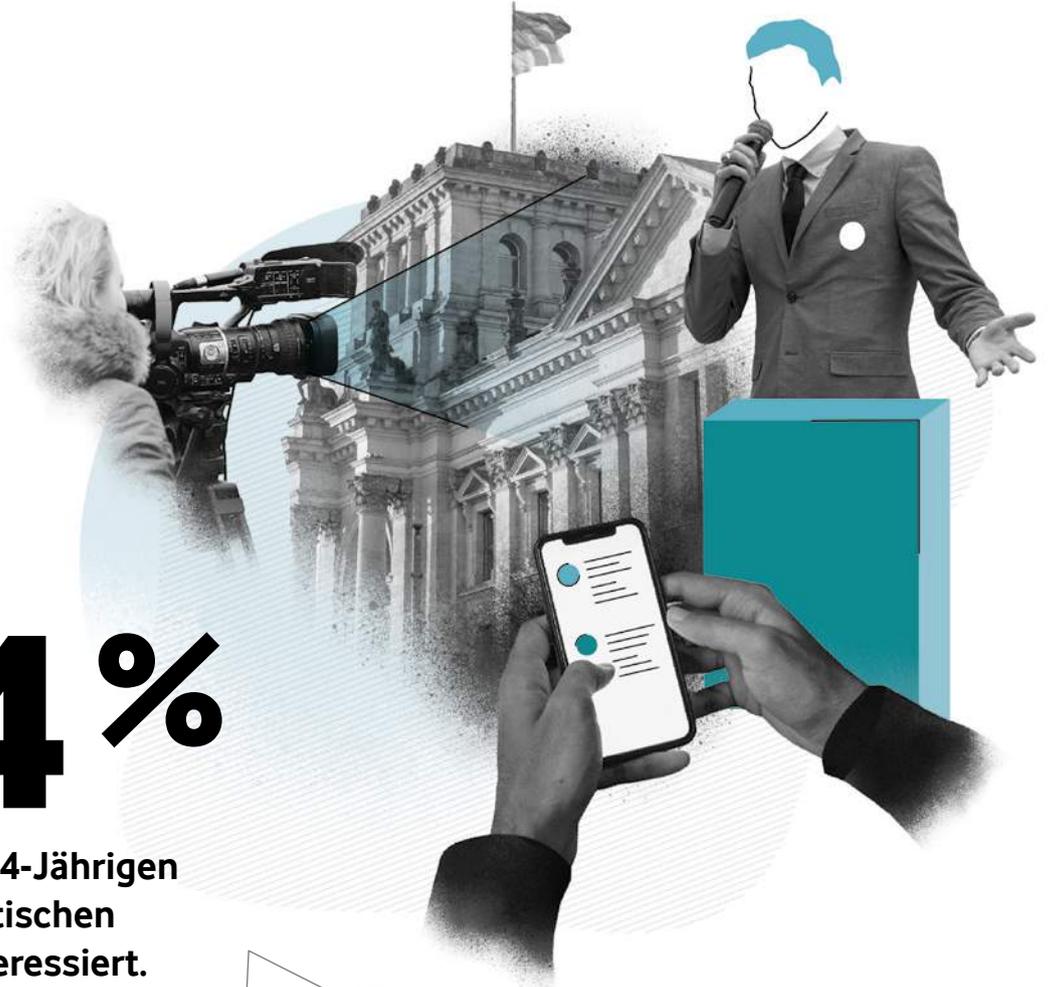
Um sich repräsentiert zu fühlen, spricht sich über die Hälfte (54 Prozent) der jungen Menschen für mehr junge Politiker:innen aus. Ebenfalls wichtig ist ihnen ein Jugendrat auf Bundesebene (41 Prozent). Der Ausbau digitaler Beteiligungsformen (40 Prozent) und mehr Möglichkeiten, sich abseits von Wahlen politisch einzubringen (39 Prozent) stehen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ebenso weit oben auf der Wunschliste. Eine Senkung des Wahlalters befürworten nur 32 Prozent. Ein Familienwahlrecht fänden vor allem Befragte mit niedrigem Bildungsniveau gut (27 Zustimmung bei Befragten mit niedrigem Bildungsniveau vs. 9 Prozent Zustimmung bei Befragten mit hohem Bildungsniveau).

Soziale Medien und persönlicher Austausch

Mehr als ein Drittel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (37 Prozent) wünscht sich mehr Präsenz von Politiker:innen in den sozialen Medien. Hier spielen vor allem Instagram (73 Prozent), YouTube (52 Prozent) und TikTok (29 Prozent) eine wichtige Rolle. Der persönliche Kontakt vor Ort ist 24 Prozent der Befragten wichtig. Podcasts (9 Prozent), Messengerdienste (8 Prozent) sowie Zeitungen und Zeitschriften (6 Prozent) spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle.

64%

der 14- bis 24-Jährigen sind an politischen Themen interessiert.



»Bei jungen Menschen mit formal hohem Bildungsstand ist das politische Interesse größer. Zudem informieren sie sich häufiger über politische Themen als die anderen Befragten.«

Abb. 1

Interesse an politischen Themen

Wie sehr interessierst du dich für politische Themen?

14- bis 24-Jährige



formal hohe Bildung



formal mittlere Bildung



formal niedrige Bildung



interessiert mich sehr ————— interessiert mich gar nicht

Menschen in meinem Alter sind politisch interessiert.

14- bis 24-Jährige



formal hohe Bildung



formal mittlere Bildung



formal niedrige Bildung



trifft voll und ganz zu ————— trifft gar nicht zu

Grundgesamtheit: deutschsprachige Bevölkerung zwischen 14 und 24 Jahren, Werte in Prozent, fehlende Werte zu 100 Prozent; weiß nicht, n = 2.124.

Politisches Interesse und der Wunsch nach Veränderung

Viele junge Menschen sind politisch interessiert und informiert

Knapp zwei Drittel (64 Prozent) der 14- bis 24-Jährigen in Deutschland bekunden Interesse an politischen Themen (Abb. 1). Die Mehrheit gibt an, sich sogar mindestens einmal pro Woche darüber zu informieren (Abb. 2). Zwei Drittel der Befragten nehmen auch wahr, dass Gleichaltrige politisch etwas verändern wollen (Abb. 3).

Unterschiede zeigen sich zwischen den männlichen und den weiblichen Befragten. Während 72 Prozent der jungen Männer angeben, sich für politische Themen zu interessieren, sind es bei den jungen Frauen nur 56 Prozent.

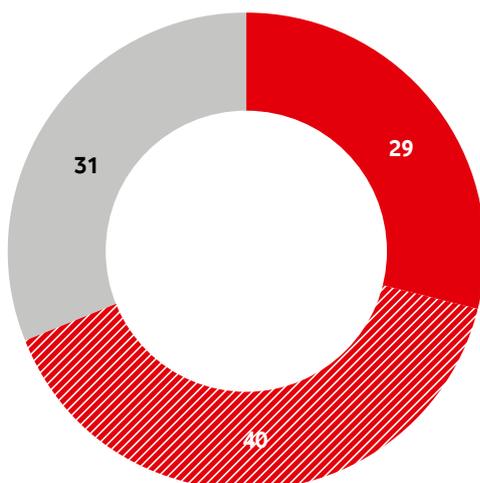
Das politische Interesse steigt mit zunehmendem Bildungshintergrund

51 Prozent der jungen Menschen mit formal niedriger Bildung äußern politisches Interesse (Abb. 1). 58 Prozent von ihnen informieren sich mindestens einmal pro Woche (Abb. 2). Dagegen geben 82 Prozent (Abb. 1) der jungen Menschen mit formal hoher Bildung an, sich für Politik zu interessieren, und 87 Prozent, sich mindestens einmal pro Woche zu informieren (Abb. 2). →

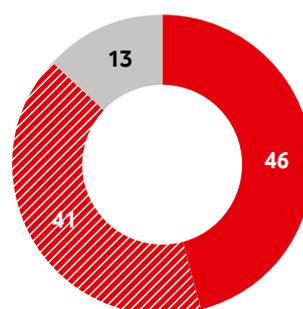
Abb. 2

Wie häufig informierst du dich über politische Themen?

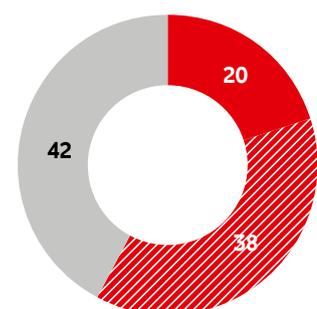
14- bis 24-Jährige



formal hohe Bildung



formal niedrige Bildung



■ mind. einmal am Tag
 ▨ mind. einmal die Woche
 ■ seltener

Grundgesamtheit: deutschsprachige Bevölkerung zwischen 14 und 24 Jahren, Werte in Prozent, n = 2.124.



»Junge Menschen mit formal hoher Bildung schätzen die Bereitschaft zur politischen Veränderung höher ein als diejenigen mit formal niedrigem Bildungsstand.«

Der Wille zu Veränderung zeichnet sich in beiden Bildungsgruppen ab

Die Unterschiede, abhängig vom Bildungshintergrund, fallen deutlich geringer aus, wenn die jungen Frauen und Männer gefragt werden, wie sie den politischen Veränderungswillen der eigenen Generation wahrnehmen.

Zwei Drittel (66 Prozent) der Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind der Ansicht, dass Menschen ihres Alters etwas verändern wollen. Rund 61 Prozent derjenigen mit niedriger formaler Bildung nehmen politischen Veränderungswillen bei Menschen ihres Alters wahr. Von den Befragten mit hoher formaler Bildung tun das 75 Prozent (Abb. 3). Allerdings halten nur 34 Prozent der jungen Menschen mit geringer formaler Bildung ihre Generation für politisch interessiert. Von den Befragten mit hoher formaler Bildung sind es 57 Prozent (Abb. 1).

66%

sind der Ansicht, dass Menschen in ihrem Alter politisch etwas verändern wollen.

Abb. 3

Menschen in meinem Alter wollen politisch etwas verändern.

14- bis 24-Jährige



formal hohe Bildung



formal mittlere Bildung



formal niedrige Bildung



trifft voll und ganz zu

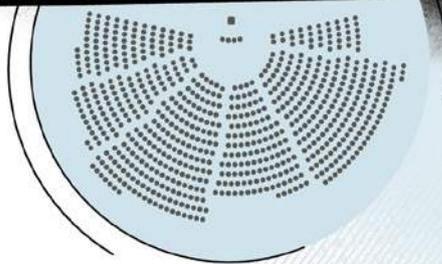
trifft gar nicht zu

Grundgesamtheit: deutschsprachige Bevölkerung zwischen 14 und 24 Jahren, Werte in Prozent, fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht, n = 2.124.

92%

**hatten die Absicht,
wählen zu gehen.**

**Nur 8% wollten sich
der Wahl enthalten.**



**»Mit steigendem Alter der Befragten
und der Möglichkeit, selbst wählen
gehen zu können, steigt das Interesse
an der Wahl.«**

91%

**der befragten wahlberechtigten
jungen Menschen waren daran
interessiert, wie die Wahl ausgeht.**

Der hohe Stellenwert der Bundestagswahl

Interesse am Wahlausgang

Einhergehend mit ihrem politischen Interesse werteten junge Menschen in Deutschland auch die Bundestagswahl 2021 als wichtiges Ereignis. Die große Mehrheit (85 Prozent) von ihnen äußerte Interesse an ihrem Ausgang. Bei den Wahlberechtigten war dieses Interesse mit 91 Prozent noch ausgeprägter als in der gesamten Altersgruppe (Abb. 4).

Der Wille, wählen zu gehen, war in der Woche vor der Wahl groß

92 Prozent der befragten Jung- und Erstwähler:innen hatten die Absicht, sich an der Wahl zu beteiligen (vgl. Abb. 1. o. S. 08). Selbst 92 Prozent der Jugendlichen, die unzufrieden mit der Berücksichtigung ihrer Interessen waren, planten, zu wählen. Allerdings gab ein Viertel (25 Prozent) der politisch uninteressierten Jugendlichen an, sich nicht an der Wahl beteiligen zu wollen (vgl. Vorabveröffentlichung der Studie: www.vodafone-stiftung.de/wie-junge-menschen-den-wahlkampf-erlebt-haben).

Abb. 4

Interesse an der Bundestagswahl

Ich informiere mich regelmäßig über die Parteien und Politiker:innen im Wahlkampf.



Ich interessiere mich für den Wahlkampf von Parteien und Politiker:innen.



Mich interessiert, wie die Wahl ausgeht.



trifft voll
und ganz zu

trifft gar
nicht zu

¹ Grundgesamtheit: deutschsprachige Bevölkerung zwischen 14 und 24 Jahren, Werte in Prozent, n = 2.124.

² Grundgesamtheit: deutschsprachige Wahlberechtigte zwischen 18 und 24 Jahren, Werte in Prozent, n = 1.375.

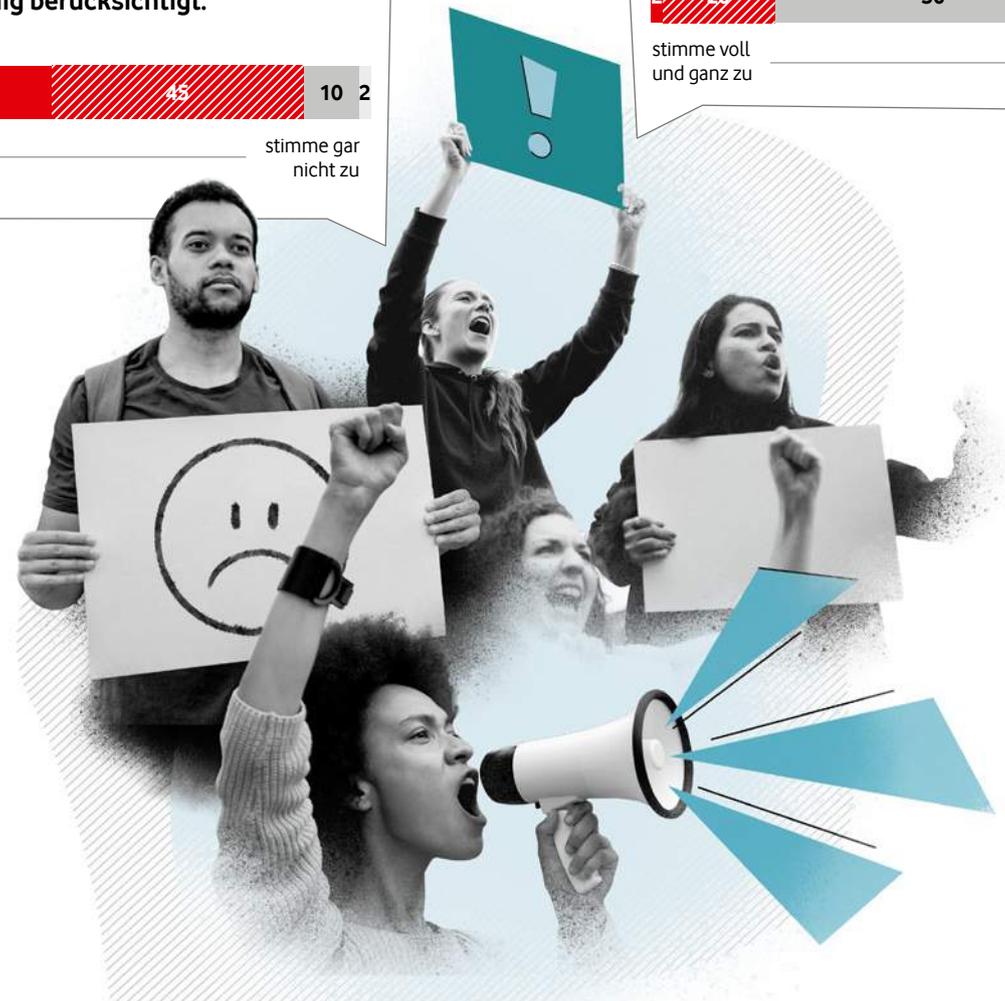
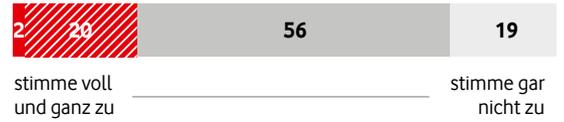
Die Interessen zukünftiger Generationen werden zu wenig berücksichtigt.

14- bis 24-Jährige*



Die Interessen der Bevölkerung werden von der Politik ausreichend berücksichtigt.

14- bis 24-Jährige*

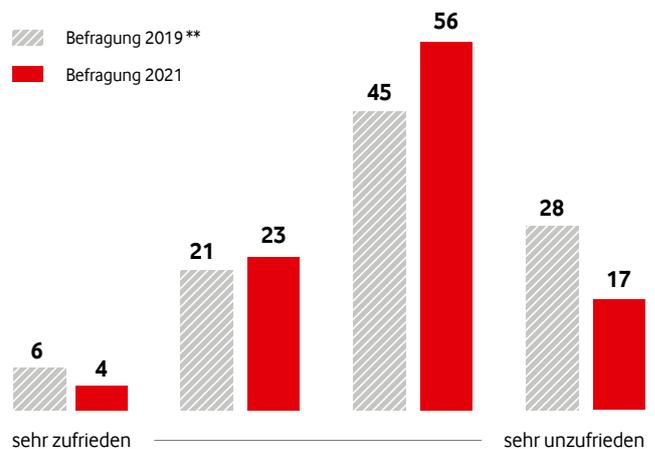


73%

sind unzufrieden damit, wie ihre Interessen von der Politik berücksichtigt werden.

Abb. 5

Zufriedenheit mit der politischen Interessenvertretung junger Menschen



*Grundgesamtheit: deutschsprachige Bevölkerung zwischen 14 und 24 Jahren, Werte in Prozent, n = 2.124.

** Vgl. Vodafone Stiftung (2019): Jugend will bewegen.

Unzufriedenheit, Gefühl mangelnder Selbstwirksamkeit und Skepsis gegenüber der Demokratie

Junge Menschen fühlen sich von der Politik nicht angemessen vertreten

Dem großen Interesse an Politik steht das Gefühl der jungen Menschen gegenüber, von der Politik nicht gut vertreten zu werden. 73 Prozent der Befragten sind unzufrieden damit, wie Politiker:innen im Allgemeinen ihre Anliegen und Interessen berücksichtigen. Damit hat sich die ohnehin schon niedrige Zufriedenheit seit der letzten Befragung der Vodafone Stiftung im Jahr 2019 weiter verschlechtert (Abb. 5).

Die Unzufriedenheit geht über die eigenen Interessen der jungen Menschen hinaus

75 Prozent der 14- bis 24-Jährigen sehen die Interessen der gesamten Bevölkerung nicht ausreichend von der Politik berücksichtigt (vgl. Abb. r. o. S. 10). Ein noch größerer Anteil der befragten Personen (85 Prozent) teilt diese Einschätzung mit Blick auf die Interessen künftiger Generationen (vgl. Abb. l. o. S. 10).

Die Funktionsweise der Demokratie sorgt für Unzufriedenheit

Fast die Hälfte der Befragten (46 Prozent) ist unzufrieden damit, wie Politik in Deutschland funktioniert. Bei den befragten jungen Frauen ist dieser Anteil mit 51 Prozent sogar noch höher als bei den jungen Männern (41 Prozent) (Abb. 7).

Auch das formale Bildungsniveau scheint in diesem Kontext eine Rolle zu spielen. Während 36 Prozent der Befragten mit hohem formalem Bildungsniveau Unzufriedenheit äußern, sind es bei den Befragten mit niedrigem formalem Bildungsniveau sogar 53 Prozent (Abb. 7). →

50%

fällt es schwer, zu verstehen,
wie Politik in Deutschland
funktioniert.

POLITIK
???

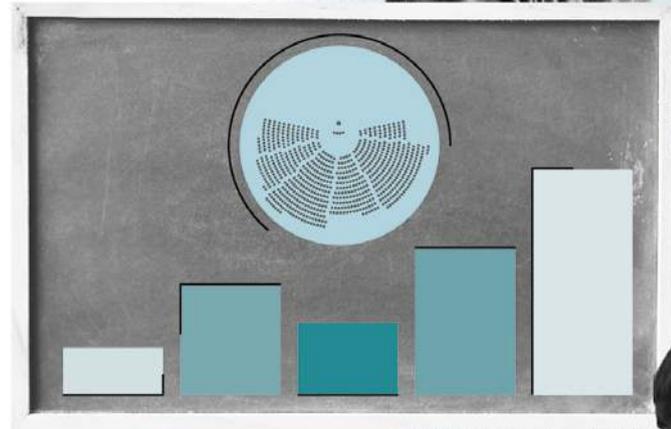


Abb. 6

**Mir fällt es schwer, zu verstehen, wie Politik
in Deutschland funktioniert.**

14- bis 24-Jährige



formal hohe Bildung



formal niedrige Bildung



junge Frauen



junge Männer



stimme voll und ganz zu _____ stimme gar nicht zu

Grundgesamtheit: deutschsprachige Bevölkerung zwischen 14 und 24 Jahren,
Werte in Prozent, fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht, n = 2.124.



**DA GEHT
MEHR!**

46%

sind unzufrieden damit,
wie die Demokratie in
Deutschland funktioniert.

- ♀ Von den befragten jungen Frauen sind es 51 Prozent.
- ♂ Von den befragten jungen Männern sind nur 41 Prozent unzufrieden damit.

Abb. 7

Ich bin unzufrieden damit, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert.

14- bis 24-Jährige



formal hohe Bildung



formal niedrige Bildung



junge Frauen



junge Männer



stimme voll und ganz zu _____ stimme gar nicht zu

Grundgesamtheit: deutschsprachige Bevölkerung zwischen 14 und 24 Jahren, Werte in Prozent, fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht, n = 2.124.

Die deutsche Demokratie ist zu schwerfällig, um die aktuellen Probleme zu lösen.

14- bis 24-Jährige*



stimme voll und ganz zu

stimme gar nicht zu

Junge Menschen können (insgesamt) zu wenig Einfluss auf die Politik nehmen.

14- bis 24-Jährige*



stimme voll und ganz zu

stimme gar nicht zu



Es ändert sich eh nichts, egal wer regiert.

14- bis 24-Jährige*



stimme voll und ganz zu

stimme gar nicht zu

67%

haben den Eindruck, selbst keinen Einfluss auf Politik nehmen zu können.

Der Bildungshintergrund und das Geschlecht haben Einfluss auf das politische Verständnis

Der Hälfte der 14- bis 24-Jährigen fällt es schwer, zu verstehen, wie Politik in Deutschland funktioniert (50 Prozent). Während 30 Prozent der jungen Menschen mit hohem formalem Bildungshintergrund dieses Problem haben, sind es bei jungen Menschen mit niedrigem formalem Bildungsniveau sogar doppelt so viele (62 Prozent). Darüber hinaus zeigen sich Unterschiede zwischen den Geschlechtern: Junge Frauen trauen sich deutlich weniger zu, die Politik in Deutschland zu verstehen (58 Prozent) als junge Männer (42 Prozent) (Abb. 6).

Junge Menschen erleben eine mangelnde politische Selbstwirksamkeit

67 Prozent der jungen Menschen sind der Meinung, dass sie wenig bis gar keinen Einfluss auf die Politik nehmen können. Lediglich 29 Prozent der befragten jungen Menschen haben den Eindruck, Politik beeinflussen zu können. Dabei fällt auf, dass die Befragten mit hoher formaler Bildung deutlich eher der Meinung sind, Einfluss auf die Politik ausüben zu können (40 Prozent), als diejenigen mit geringer formaler Bildung (23 Prozent) (Abb. 8).

77 Prozent sind der Meinung, dass junge Menschen zu wenig Einfluss auf die Politik nehmen können (vgl. Abb. r. o. S. 14). Das Gefühl der politischen Selbstwirksamkeit nimmt bei Befragten mit einem geringen Interesse an politischen Themen deutlich ab.

Skepsis gegenüber der Demokratie begleitet die junge Generation

75 Prozent der jungen Menschen halten die deutsche Demokratie für zu schwerfällig, um aktuelle Probleme zu lösen (vgl. Abb. l. o. S. 14). Je niedriger der formale Bildungshintergrund, desto negativer fällt die Beurteilung der deutschen Demokratie aus (Abb. 9). Für die Befragten scheint es keinen Unterschied zu machen, wer regiert. Der Aussage »Es ändert sich nichts, egal wer regiert« stimmten 58 Prozent von ihnen zu (vgl. Abb. u. S. 14).

Seite 26 →

Abb. 8

Ich kann die Politik beeinflussen.

14- bis 24- Jährige



hohe formale Bildung



niedrige formale Bildung

stimme voll
und ganz zustimme gar
nicht zu

Grundgesamtheit: deutschsprachige Bevölkerung zwischen 14 und 24 Jahren, Werte in Prozent, fehlende Werte zu 100 Prozent; weiß nicht, n = 2.124.

Politik muss auf Menschen zugehen



Max Lucks (Bündnis 90 / Die Grünen)
geboren 1997; wurde 2021 erstmals
als Abgeordneter in den Bundestag
gewählt. Der ehemalige Bundessprecher
der Grünen Jugend studiert Sozial-
wissenschaft an der Ruhr-Universität.



»Ob wir es schaffen, junge Frauen von unserem politischen System zu überzeugen, wird am Ende des Tages aber davon abhängen, ob das politische System für die Lebenswirklichkeit von Frauen genauso gut sorgt wie für die Lebenswirklichkeit von Männern. [...] Wir brauchen eine feministische Politik, die etwas verändert.«

Vodafone Stiftung Deutschland (VSD) Wie gut vertritt die Politik die Stimme der Jugend? Mit 24 gehören Sie selbst zu dieser Gruppe. Was nehmen Sie wahr?

Max Lucks (ML) Als ich 2017 Bundessprecher der Grünen Jugend wurde, trendete der Hashtag #DieseJungenLeute und es gab überall Debatten über die Repräsentation und Unterrepräsentation von jungen Leuten. Ehrlich gesagt hat mich diese Diskussion wahnsinnig genervt. Das Problem ist in meinen Augen nicht, dass junge Leute vom Alter her unterrepräsentiert sind, sondern dass sie bei substantiellen Entscheidungen nicht berücksichtigt werden.

VSD Viele junge Menschen möchten politisch etwas bewegen. Häufig fehlt ihnen jedoch das Verständnis dafür, wie Politik eigentlich funktioniert. Wo muss politische Bildung ansetzen?

ML Viele junge Menschen erlebe ich als sehr meinungsstarke Personen. Das sollte der Ansatzpunkt sein. Wir müssen ihre Meinung endlich stärker in den politischen Diskurs einfließen lassen. Dem stehen gerade aber vor allem zwei Dinge entgegen: Das erste ist die Frage nach Zeit und Ressourcen. Wir müssen uns als Gesellschaft ehrlich fragen, ob die zeitlichen und finanziellen Ressourcen, die wir jungen Menschen zur Verfügung stellen, es erlauben, sich politisch zu engagieren.

Dazu kommt, dass Politik manchmal ein unfassbar komplexes und schwieriges Bild von sich selbst zeichnet. Das macht es schlicht unattraktiv. Als Politiker:innen müssen wir endlich damit anfangen, verständlicher zu kommunizieren und immer wieder zeigen, dass in einem politischen System auch Veränderung herbeigeführt werden kann.

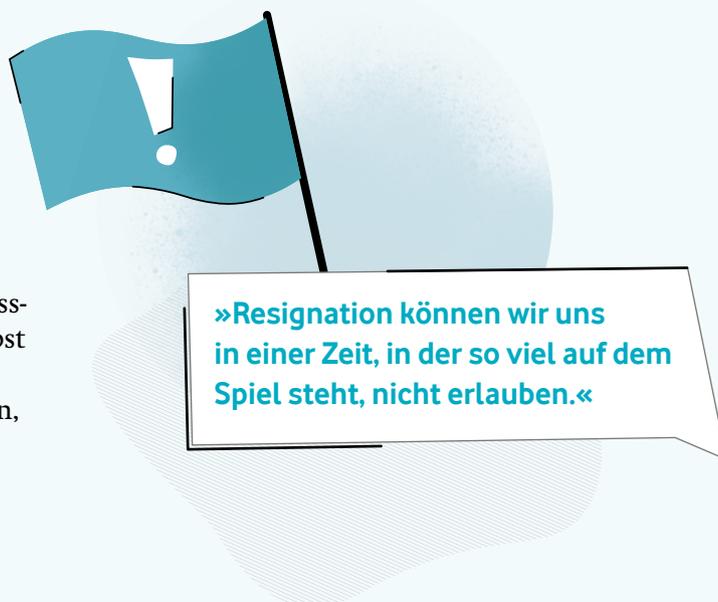
VSD Wie nutzen Sie unterschiedliche Social-Media-Plattformen für die junge Zielgruppe?

ML Erst einmal möchte ich alle erreichen. Ich vertrete Menschen, die ein bestimmtes politisches Anliegen gutheißen, unabhängig davon, ob sie einer Gruppe angehören oder nicht. Mir folgen mit Sicherheit auch viele Heterosexuelle, die gut finden, dass ich mich für LGBT-Rechte engagiere. Und: Ich engagiere mich für Feminismus, obwohl ich ein Mann bin. Deshalb hat die Frage, welcher Gruppe ich angehöre, nicht so viel damit zu tun, welche politische Überzeugung ich vertrete.

Gerade plane ich, einen TikTok-Kanal aufzumachen, weil ich glaube, dass ich die Menschen dort abholen muss, wo sie stehen. Dazu passt auch ein Format, das ich im Wahlkreis sehr gerne anbiete: Es heißt »Pils und Politik«. Ich komme dann mit einem Kasten Bier vorbei, setze mich zu Leuten in den Schrebergarten, treffe mich mit ihnen im Park oder sitze in ihrer WG-Küche. So bekomme ich einen authentischen Querschnitt der Gesellschaft. Ich finde: Aktiv auf Leute zuzugehen ist eine wichtige Aufgabe von Politiker:innen.

VSD Woran liegt es Ihrer Meinung nach, dass junge Frauen deutlich unzufriedener mit unserem demokratischen System sind als junge Männer?

ML Diese Unzufriedenheit hängt aus meiner Sicht mit der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit unseres politischen Systems für verschiedene Gruppen zusammen. Es arbeitet ganz klar stärker für Männer als für Frauen. Um daran etwas zu ändern, ist es wichtig, Frauen nach vorn zu stellen. Ob wir



»Resignation können wir uns in einer Zeit, in der so viel auf dem Spiel steht, nicht erlauben.«

es schaffen, junge Frauen von unserem politischen System zu überzeugen, wird am Ende des Tages aber davon abhängen, ob das politische System für die Lebenswirklichkeit von Frauen genauso gut sorgt wie für die Lebenswirklichkeit von Männern. Wenn Frauen weniger verdienen und im Gegensatz zu Männern nicht selbst über ihren Körper entscheiden dürfen, tut es das offenkundig nicht. Wir brauchen eine feministische Politik, die etwas verändert.

VSD 86 Prozent der jungen Menschen glauben nicht, dass es der nächsten Generation besser gehen wird. Wie blicken Sie in die Zukunft – welche Hoffnungen haben Sie?

ML Wenn wir so weitermachen wie in den vergangenen Jahren, werden zukünftige Generationen auf diesem Planeten keine gute Zukunft haben. Das betrifft die Klima- und Energiepolitik, unser Wirtschaftssystem, das auf immer höhere Bruttoinlandsprodukte und immer mehr Wachstum setzt, und unseren Ressourcenverbrauch. Dass 86 Prozent der Befragten auf dieser Grundlage nicht an eine bessere Zukunft glauben, finde ich eine sehr ehrliche Analyse. Das Wichtige und Entscheidende ist, dass auf diese Analyse nicht Resignation folgen darf, sondern Optimismus und tatsächliche Veränderung. Resignation können wir uns in einer Zeit, in der so viel auf dem Spiel steht, nicht erlauben. •

Demokratische Mitbestimmung schon in der Grundschule leben



Ria Schröder (FDP)
geboren 1992; ist Mitglied des Deutschen Bundestags und bildungspolitische Sprecherin der FDP Bundestagsfraktion. Bis 2020 war sie Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen.

Vodafone Stiftung Deutschland (VSD) Sie haben kürzlich in einem Interview gesagt: »Während der Pandemie wurden junge Menschen belächelt oder von der Polizei durch den Park gejagt.« Müssen Politiker:innen mehr für die Jugend tun?

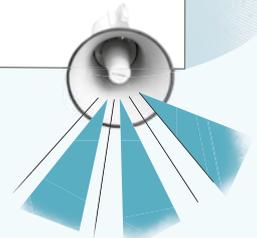
Ria Schröder (RS) Absolut – nicht nur, weil junge Menschen besonders unter der Pandemie gelitten haben, sondern auch, weil die Themen der jungen Generation – Klimaschutz, Bildung, Digitalisierung, Demografie – entscheidend für die Zukunft unseres Landes sind. Viele junge Menschen sind sehr politisch und wissen manchmal nicht, wohin mit dieser Energie. Deswegen ermutige ich junge Menschen, sich zu Wort zu melden. Durch unser Wahlsystem, aber auch durch die Aufmerksamkeitsverteilung in unserem Land haben die Interessen junger Menschen oft nicht so viel Gewicht in den politischen Debatten wie die Stimmen anderer Akteur:innen. Deswegen trage ich als junge Politikerin eine besondere Verantwortung für meine Generation.

VSD Unsere Studie zeigt, dass es 62 Prozent der 14- bis 24-Jährigen mit formal niedriger Bildung schwerfällt, zu verstehen, wie das politische System funktioniert. Wir haben also Nachholbedarf in Sachen politische Bildung. Wo müssen wir dabei ansetzen?

RS Politische Bildung sollte viel früher ansetzen, als das bislang der Fall ist. Ich war kürzlich in einer Hamburger Grundschule, während in der 2c gerade der Klassenrat tagte und über die Sitzordnung abstimmte. Auch in der zweiten Klasse gibt es schon altersgerechte Möglichkeiten, zu lernen, wie eine Demokratie funktioniert, wie man unterschiedliche Positionen vertreten und am Ende eine Mehrheit finden kann. Genau das muss sich an Schulen etablieren. Dabei darf es nicht nur darum gehen, wie Demokratie theoretisch funktioniert, sondern Kinder sollten lernen, wie sie selbst ihre Rechte wahrnehmen, Gehör finden und als Bürger:innen Wirkung entfalten können.

Hier wünsche ich mir auch mehr Vertrauen der Schulen gegenüber den politischen Jugendorganisationen. Die haben häufig keine Möglichkeiten, in die Schulen zu gehen, und wenn, dann immer nur kurz vor den Wahlen. Ich glaube aber, dass sie auch darüber hinaus wichtige Ansprechpartner:innen für junge Menschen sind. Sie kommunizieren auf Augenhöhe, können Wege in die Parteien zeigen, aber auch, wie man seiner Meinung abseits dessen Gehör verschafft. Das gilt für alle demokratischen Jugendorganisationen, nicht nur für die Julis.

»Kinder sollten lernen, wie sie selbst ihre Rechte wahrnehmen, Gehör finden und als Bürger:innen Wirkung entfalten können.«



VSD Unsere Daten zeigen, dass sich junge Menschen mit einem niedrigen formalen Bildungshintergrund weniger über Politik informieren und seltener das Gefühl haben, Politik beeinflussen zu können. Wie können Politiker:innen diese jungen Männer und Frauen erreichen?

RS Als Politiker:in muss man sich immer wieder fragen: Wie kommuniziere ich Entscheidungen? Viele junge Abgeordnete nutzen Social Media jeden Tag und versuchen dort, möglichst viele Menschen mitzunehmen und Politik niedrigschwellig zu erklären. Das ist sicher eine Möglichkeit.

Ich war im Bundestagswahlkampf viel in Hamburg-Billstedt und Hamburg-Wilhelmsburg unterwegs – also in Stadtteilen, die viele schon abgeschrieben haben. Dort leben viele Menschen mit Migrationshintergrund, die oft schlechte Bildungsperspektiven haben. In meinen Flyern habe ich gezielt Themen aufgenommen, die für diese Menschen wichtig sind – zum Beispiel Talentschulen und die Abschaffung der Zuverdienstgrenzen bei Hartz IV. Das ist extrem gut angekommen. Auch deshalb, weil viele Politiker:innen nicht nach Billstedt gehen und die Menschen dort nicht als relevante Zielgruppe begreifen. Ihre Bedürfnisse und Sorgen werden selten gehört, dabei ist für die jungen Leute dort Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit besonders wichtig.

VSD Welche Kanäle und Formate helfen Ihnen, im digitalen Raum in Kontakt mit jungen Menschen zu kommen?

RS Ich nutze unterschiedliche Plattformen für unterschiedliche Zielgruppen. Wenn ich etwas bei Facebook poste, gehe ich nicht davon aus, dass es jemand unter 30 liest, der mir nicht sowieso schon folgt. Mein Hauptkanal ist Instagram – einfach, weil es mir auch am meisten Spaß macht. Über Reels kann ich zum Beispiel sehr gut Leute erreichen, die mir noch nicht folgen und sich nicht so für Politik interessieren. Oft poste ich auch Videos, die ein bisschen lustiger und niedrigschwelliger sind, um erst mal Interesse zu wecken. Als junge Politikerin sehe ich mich auch in der Verantwortung, explizit Inhalte für junge Menschen zu produzieren. Es gibt genug Politiker:innen, die ausschließlich für eine ältere Zielgruppe kommunizieren.

»Als junge Politikerin sehe ich mich auch in der Verantwortung, explizit Inhalte für junge Menschen zu produzieren.«

VSD Sehen Sie Wege oder Formate, um im Besonderen junge Frauen besser anzusprechen und ihr Interesse an Politik zu wecken?

RS Ich glaube, dass Vorbilder immens wichtig sind, und zwar nicht nur in der Politik. Es gibt zum Beispiel mehr und mehr Schauspielerinnen, die sich zu Wort melden und politisch aktiv werden. Dabei ist es essenziell, dass wir Frauen – wie es leider oft passiert – nicht auf ihr Engagement im ehrenamtlichen Bereich reduzieren. Bei der Tafel oder der Caritas gibt es beispielsweise sehr viele Frauen, die sich engagieren und damit einen viel größeren Beitrag zu politischen Veränderungen leisten, als mitunter sichtbar wird. Aber wenn wir nicht nur ein Pflaster auf die Verhältnisse kleben, sondern sie umwälzen wollen, dann müssen Frauen auch in die aktive Politik gehen. Die gute Nachricht ist: Dort warten schon viele, die sie unterstützen können. Ich möchte junge Frauen daher dazu ermutigen, sich zusammenzutun und Netzwerke zu bilden. Gemeinsam können wir unheimlich viel bewegen – und es gibt viel zu tun!

VSD 86 Prozent der Befragten glauben nicht, dass es künftigen Generationen besser gehen wird. Blicken Sie selbst eher optimistisch oder pessimistisch in die Zukunft?

RS Wir haben das Glück, bisher in einem weitestgehend friedlichen Europa aufgewachsen zu sein, mit einer europäischen Union und mit relativ guten ökonomischen Verhältnissen. An dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine sehen wir aber leider, wie schnell Frieden und Demokratie auf dem Spiel stehen können. Außerdem sind die Finanzkrise, der Brexit, die Klimakrise und die Corona-Pandemie Teil unseres Lebens, deswegen kann ich die Sorgen nachvollziehen. Umso wichtiger ist es, dass junge Menschen ihre Zukunft in die Hand nehmen. •

Mehr Abgeordnete in die Schulen holen



Tobias B. Bacherle (Bündnis 90 / Die Grünen) geboren 1994; wurde 2021 erstmalig als Abgeordneter in den Deutschen Bundestag gewählt. Seit 2014 ist er zudem Stadtrat seiner Heimatstadt Sindelfingen.

Vodafone Stiftung Deutschland (VSD) Wie sehen Sie die Stimme von jungen Menschen in der Politik aktuell vertreten?

Tobias Bacherle (TB) Ich glaube, es gibt zwei gegensätzliche Entwicklungen: Während der Corona-Pandemie wurde die Stimme der Jugend massiv zurückgedrängt und es ging immer zuletzt um die Bedürfnisse junger Menschen. Das war in vielerlei Hinsicht frustrierend. Gleichzeitig sitzen seit der letzten Bundestagswahl viel mehr unter 30-Jährige im Bundestag. Das geht schon sehr in Richtung der gesellschaftlichen Repräsentation dieser Altersgruppe und damit auch einer besseren Vertretung ihrer Interessen.

VSD Die Mehrheit junger Menschen möchte etwas verändern. Welche Formate braucht es neben einer ausreichenden Repräsentation, um politische Partizipation zu garantieren?

TB Jugendgemeinderäte sind absolut sinnvoll. Man muss aber immer aufpassen, wie man sie ausstattet: Es gibt nichts Schlimmeres als eine Demokratiesimulation ohne echte Wirkmacht. Im Zweifelsfall müssen Machtbegrenzungen ehrlich kommuniziert werden. In jedem Fall brauchen Jugendliche eine politische Spielwiese, in deren Rahmen sie wirklich selbst gestalten und Verantwortung übernehmen

können. Und am Ende bleibt es trotzdem das Wichtigste, junge Menschen in tatsächliche politische Prozesse zu involvieren.

Im Grunde glaube ich, dass wir uns um die jungen Menschen keine Sorgen machen müssen, gerade wenn sie bald mit 16 zum ersten Mal wählen dürfen. Wenn dann eventuell sogar zwei Wahlen – eine Landtagswahl und eine Kommunalwahl – in die Schulzeit fallen, ist damit eigentlich schon eine enorme Stärkung des demokratischen Wissens verbunden. Wir wissen aus vielen Studien: Wer einmal nicht wählen war, bei dem ist die Wahrscheinlichkeit viel größer, dass er beim nächsten Mal wieder nicht wählen geht – umgekehrt gilt das natürlich genauso.

VSD Trotzdem fällt es vielen jungen Menschen schwer, unser politisches System zu verstehen. Deutet das auf einen enormen Nachholbedarf in Sachen politischer Bildung hin?

TB Ich glaube, dass viele politikwissenschaftliche Bildungsansätze daran krankten, dass sie persönliche Verbindungen unterschätzen. Am wichtigsten ist es, mit Entscheidungsträger:innen in Verbindung zu kommen. Das passiert klassischerweise über Parteien. Parteien als meinungs- und willensbildende Organisationen leisten starke politische Bildungsarbeit, im Besonderen die Jugendorganisationen. Leider werden sie immer noch sehr unterschätzt und zu oft in die parteipolitische, rein machtpolitische Ecke gedrängt. Ich glaube, wir müssen über die Idee hinwegkommen, dass man in eine Partei eintritt und dann mit den Füßen voran wieder herausgetragen wird. Man kann auch ganz wunderbar nur ein paar Mal zu einer Partei gehen, sich informieren und dann nie wieder kommen.

Einen zweiten Punkt ist mir wichtig: Wir müssen mehr Abgeordnete in die Schulen holen. Gerade jetzt,



»Wir müssen mehr Abgeordnete in die Schulen holen. Gerade jetzt, wo wir so viele junge Leute im Parlament haben. [...] Vielleicht sollte man eine Stelle im Bundestag ansiedeln, die genau diesen Austausch organisiert.«

»Gerade haben wir auf TikTok noch die Möglichkeit, relativ isoliert mit einem jungen Publikum zu kommunizieren und Sprache, Ästhetik und Authentizitätslevel auf es einzustellen.«

wo wir so viele junge Leute im Parlament haben. Sie können eine Vermittlungsfunktion übernehmen. Und damit meine ich nicht die Vermittlung parteipolitischer Inhalte, sondern die demokratischer Prozesse. Vielleicht sollte man eine Stelle im Bundestag ansiedeln, die genau diesen Austausch organisiert.

VSD Was tun Sie persönlich, als junger Abgeordneter, um gezielt mit jungen Menschen in Kontakt zu kommen?

TB Das ist gar nicht so einfach, weil sich auf vielen Kanälen die Altersgruppen mischen. Für einen gezielten Austausch mit jungen Menschen ist das ein großes Problem. Gerade haben wir auf TikTok noch die Möglichkeit, relativ isoliert mit einem jungen Publikum zu kommunizieren und Sprache, Ästhetik und Authentizitätslevel auf es einzustellen. Auf Instagram und auf Twitter kommt allmählich eine Audience dazu, die das unseriös findet. Am besten komme ich aber in Schulen oder auf Jugendkonferenzen mit jungen Menschen ins Gespräch – oder wenn ich gezielt junge Initiativen einlade.

VSD Haben Politiker:innen – gerade auch gegenüber jungen Menschen – eine besondere Verantwortung, was die Themen Desinformation und Hate Speech auf sozialen Plattformen angeht?

TB Die junge Generation erkennt Falschinformationen viel besser als ältere Generationen – das haben diverse Studien gezeigt. Trotzdem ist es natürlich unsere Pflicht als politische Akteur:innen, genau zu prüfen, was wir teilen, und offen damit umzugehen, wenn wir selbst auf Desinformation reingefallen sind.

Hate Speech ist ein schwieriges Thema. Ich finde es sehr wichtig, dass alles, was strafrechtlich relevant ist, auch strafrechtlich verfolgt wird. Gleichzeitig darf aber auch kein Overblocking stattfinden. Wir dürfen nicht den Fehler machen, dass wir die Grenzen zwischen harscher Kritik und Hate Speech zu sehr verwischen. •

Digitalisierung als Schlüsselthema



Maximilian Funke-Kaiser (FDP)
geboren 1993; ist seit 2021 Bundestags-
abgeordneter für Augsburg und Nord-
schwaben. Er ist digitalpolitischer Sprecher
der FDP-Bundestagsfraktion.

Vodafone Stiftung Deutschland (VSD) Unsere Studie zeigt, dass viele junge Menschen politisch interessiert und engagiert sind. Gleichzeitig sagen 75 Prozent der Befragten, die Demokratie sei zu schwerfällig, um aktuelle Probleme zu lösen. Wie können wir demokratische Prozesse optimieren?

Maximilian Funke-Kaiser (MFK) Demokratie ist immer ein Kompromiss, darüber müssen wir uns im Klaren sein. Bis eine Entscheidung getroffen wird, kann schon mal Zeit ins Land gehen. Gleichzeitig sehen wir, dass Demokratie auch sehr schnell funktionieren kann. Vieles hängt vom Willen und dem Mindset der Politiker:innen ab. Grundsätzlich sehe ich enormes Optimierungspotenzial auf dem Weg von der Legislative hin in die Verwaltungs- und Behördenstruktur. Der deutsche Staat muss schlanker und effizienter werden. Das hätte auch Auswirkungen darauf, wie effizient und positiv politische Entscheidungsprozesse und ihre Auswirkungen von den Menschen wahrgenommen werden. Außerdem sollten wir, bei allem, was wir tun, die Chancen der Digitalisierung nutzen.

VSD Aber nur 28 Prozent der jungen Menschen denken, dass sich in Sachen Digitalisierung in den nächsten 30 Jahren deutlich etwas verbessern wird.

MFK Das ist traurig und zeigt mir einmal mehr, dass wir als Politiker:innen jetzt liefern müssen – nicht nur bei der Digitalisierung der Verwaltung, sondern auch

in der digitalen Infrastruktur und in der digitalen Bildung. Zudem ist die Digitalisierung der Gesundheitssysteme ein megawichtiges Thema – und natürlich digitale, dezentrale Finanzsysteme. Diese Liste könnte ich endlos fortsetzen. Es geht darum, ein Mindset für Digitales und die Chancen, die sich daraus ergeben, zu etablieren. Digitalisierung ist ein allumfassendes Zukunftsthema und es muss jetzt geliefert werden. Punkt, aus, Ende. Es ist viel zu lange liegen geblieben.

VSD 50 Prozent der 14- bis 24-Jährigen sagen, dass es ihnen schwerfällt, zu verstehen, wie das politische System in Deutschland funktioniert. Wie können Politiker:innen hier unterstützen?

MFK Auf Social Media schreiben sehr viele junge Leute mich und andere junge Politiker:innen an. Es macht mich stolz, hier als Vorbild und Role Model dienen zu können. Dabei betone ich immer wieder: »Hey, ich bin kein Einzelfall. Jede:r kann es schaffen und eine relevante Rolle in der Politik spielen.« Aus meiner Sicht hat das viel mit Ideologie und Überzeugung zu tun. Was ich außerdem wahrnehme und was mich wirklich positiv stimmt, ist, dass sehr viele junge Menschen sich unglaublich mit Politik auseinandersetzen und die Plattformen der sozialen Medien dafür nutzen. Deswegen teile ich auch meine Backstage-Eindrücke: Wie läuft eine Abstimmung ab oder der Eintrag in die Anwesenheitslisten an Präsenztagen? Die Resonanz, die ich da bekomme, ist durchweg positiv.

VSD Und abseits der digitalen Kanäle?

MFK Ich bin ein absoluter Befürworter von Schulbesuchen. Ich finde es wichtig, in Klassen zu gehen und politische Bildung auch vor Ort zu leben. Nahbarkeit und Authentizität sind enorm wichtig. Dabei geht es nicht um Parteitaktik, sondern darum, zu zeigen, wie demokratische Prozesse ablaufen oder wie



»Digitalisierung ist ein allumfassendes Zukunftsthema und es muss jetzt geliefert werden. Punkt, aus, Ende. Es ist viel zu lange liegen geblieben.«

»Wir sind nur die Personen, die die Interessen der Menschen vertreten. Auf dieser Ebene sollten wir auch miteinander sprechen.«

man Bundestagsabgeordnete:r wird. Mir ist wichtig, zu betonen, dass man mit Fleiß und viel Arbeit alles erreichen kann.

VSD Wir sehen, dass die männlichen Befragten zufriedener mit der Demokratie sind als die weiblichen. Was können die Parteien und die Regierung tun, um Frauen besser zu erreichen?

MFK Partizipation und Diversität sind ein großes Thema, auch bei der FDP. Da haben auch wir noch Optimierungsbedarf. Wir brauchen diversere Inhalte und wir müssen diverser kommunizieren. Von einem Paritätsgesetz, wie es immer wieder formuliert und gefordert wird, halte ich persönlich nichts. Ich denke auch nicht, dass man zwangsläufig Teil einer Gruppe sein muss, um diese Gruppe vertreten zu können. Ich persönlich fühle mich nicht nur verantwortlich für junge, weiße Männer, sondern für jede Bürgerin und jeden Bürger in Deutschland.

VSD Unsere Studie zeigt auch auf, dass sich junge Menschen mit formal niedrigem Bildungshintergrund insgesamt weniger politisch informieren und auch seltener das Gefühl haben, Politik beeinflussen zu können. Haben Sie eine Idee, was Politiker:innen tun könnten, um speziell diese Gruppe zu aktivieren?

MFK Ich denke, man muss allen Menschen auf Augenhöhe begegnen – verständliche Sprache verwenden, immer authentisch bleiben und sich selbst auch nicht zu wichtig nehmen. Alle Abgeordneten sind nur im Bundestag, weil Bürger:innen sich entschieden haben,

sie zu wählen. Damit haben die Bürger:innen im Grunde mehr zu sagen als die Abgeordneten. Wir sind nur die Personen, die die Interessen der Menschen vertreten. Auf dieser Ebene sollten wir auch miteinander sprechen. Darüber hinaus sollten wir jungen Menschen aus eher bildungsfernen Familien mit spannenden Angeboten an Schulen zeigen, dass Politiker:innen nicht weit weg, sondern jederzeit ansprechbar sind.

VSD Welche Möglichkeiten hätten Sie sich selbst in Ihrer Schulzeit gewünscht, um politisch zu partizipieren oder besser zu verstehen, wie das System funktioniert?

MFK Während meiner Schulzeit hatte ich ehrlich gesagt relativ wenig Kontakt zu Politik. Richtig angefangen hat es, als ich zum ersten Mal wählen durfte. Da habe ich mich mit der politischen Situation auseinandergesetzt. Ich bin damals auch Teil meiner Partei geworden und bin dann den Weg gegangen, der mich letztendlich in den Bundestag geführt hat. Jugendparlamente auf kommunaler Ebene sind eine gute Sache, denke ich. Die können wirklich etwas bewegen und die Jugendlichen beschäftigen sich mit Themen, die direkt vor Ort relevant sind – das kann eine Ampel an einem Straßenübergang vor der eigenen Schule sein, ein Zebrastreifen oder ein lokaler Fußballplatz. Wenn junge Menschen solche Dinge über ein Jugendparlament in die Wege geleitet bekommen, sehen sie, dass sie selbst Gestaltungsmöglichkeiten in der Politik haben. •

Echte Veränderung erleben



Deborah Düring (Bündnis 90 / Die Grünen) geboren 1994; ehemals Sprecherin der Grünen Jugend Hessen, wurde 2021 das erste Mal in den Bundestag gewählt. Sie ist Masterstudentin der Internationalen Studien / Friedens- und Konfliktforschung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Vodafone Stiftung Deutschland (VSD) Haben Sie den Eindruck, dass Politiker:innen die Stimme der Jugend in den vergangenen Monaten, vielleicht sogar Jahren, zu wenig gehört haben?

Deborah Düring (DD) Bewegungen wie Fridays for Future haben auf jeden Fall dazu beigetragen, dass junge Menschen Gehör finden und ihre Anliegen sichtbar werden. Allerdings gibt es eine Lücke zwischen »Gehör finden« und »tatsächlich Veränderungen bewirken«. Das war einer der Gründe, weshalb ich für den Bundestag kandidiert habe. Ich hatte das Gefühl, dass – egal wie viele Menschen wir auf die Straße bringen – unsere Impulse nicht in den Parlamenten ankommen. Das ist aber extrem notwendig, um Veränderungen anzustoßen.

VSD Sie selbst sind 27. Können Sie sich deshalb besser in junge Menschen hineinversetzen?

DD Auf jeden Fall. Ich komme ja selbst aus dieser Lebensrealität. Im Freundeskreis bekomme ich jeden Tag mit, wie schwer es zum Beispiel ist, eine bezahlbare Wohnung in Frankfurt zu finden – oder einen unbefristeten Job. Genau deswegen ist es so relevant, dass auch junge Menschen in die Parlamente gehen und so ein Abbild der Gesellschaft schaffen. Davon sind wir aktuell noch entfernt. Nicht nur, was junge

Menschen angeht. Es fehlen auch BIPOCs, Menschen mit Behinderung oder Menschen ohne Studium. Natürlich versuche ich auch nachzuvollziehen, wie es ist, als Rentner:in in Deutschland zu leben, und führe dazu viele Gespräche. Trotzdem kann ich nicht aus eigener Erfahrung nachempfinden, wie es sich anfühlt, 40 Jahre gearbeitet zu haben und sich jetzt keine Wohnung mehr leisten zu können.

VSD Im Rahmen der Befragung sagen junge Frauen deutlich öfter als gleichaltrige Männer, dass sie nicht verstehen, wie Politik in Deutschland funktioniert. Woran könnte das liegen?

DD Zum einen daran, dass wir in der Politik noch immer vor allem Männer sehen. Zum anderen an unserer patriarchalen Sozialisation und daran, dass Männer grundsätzlich dazu erzogen werden, zu glauben, dass sie mehr wissen. Sie tragen dieses Wissen auch viel häufiger nach außen. Dazu kommt sicher,



»Vielen fällt es schwer, anzuerkennen, dass junge Menschen eine Meinung haben und dass diese Meinung auch fundiert ist.«

»Wir erreichen keine Veränderung, wenn die einfach brav die Schulbank drücken. Veränderungen gibt es dann, wenn Menschen auf die Straße gehen und in den Streik.«

dass wir als Gesellschaft noch nicht das Verständnis von Politik haben, das ich mir wünschen würde. Wenn ich an Infoständen stehe, sagen die Leute oft »Ich bin ja nicht politisch« oder »Ich habe keine Ahnung von Politik«. Und danach erklären sie mir eine halbe Stunde lang, was sie stört und was sich ändern muss. Die meisten verstehen nicht, dass das Gespräch am Küchentisch politisch sein kann, ein Graffiti oder ein Songtext.

VSD Viele junge Menschen erleben Demokratie als schwerfällig und trauen ihr nicht zu, aktuelle Probleme zu lösen ...

DD Auch das liegt sicherlich daran, dass vielen überhaupt nicht richtig klar ist, was Demokratie eigentlich ist und wie Meinungsbildung in demokratischen Prozessen funktioniert. Mitbestimmung an Schulen wird oft darauf reduziert, zu entscheiden, ob die Schultafeln rosa oder blau gestrichen werden. Ich verstehe, dass die Leute darauf keine Lust haben. Wenn es um Entscheidungen ginge, die am Ende relevante Konsequenzen haben, wäre das etwas anderes. Ich glaube, wenn wir in den Schulen demokratische Prozesse mit allen Konsequenzen zulassen würden, würde es jungen Menschen auch leichter fallen, zu verstehen, dass jede Entscheidung Konsequenzen nach sich zieht – die nicht immer positiv sein müssen. Sie würden verstehen, dass es für eine gute Entscheidung im Vorfeld viele Informationen braucht und viel Raum für Debatten. Und ja: manchmal eben auch Zeit. Ich fürchte allerdings, den Mut, diese umfassende Mitbestimmung zu ermöglichen, haben wir gerade nicht.

VSD Warum eigentlich nicht? Woran liegt es, dass wir nicht mutiger sind?

DD An den bestehenden Machtstrukturen und daran, dass Menschen, die Macht haben, sie nur sehr ungern abgeben. Außerdem an unserem Verständnis von Partizipation. Das fängt schon damit an, welche Argumente und welches Wissen wir als Gesellschaft akzeptieren. Vielen fällt es schwer, anzuerkennen, dass junge Menschen eine Meinung haben, und dass diese Meinung auch fundiert ist. Das ist ein ganz entscheidender Punkt, glaube ich: Wem hören wir eigentlich zu? Wessen Interessen zählen? Wessen Wissen nehmen wir ernst?

VSD 86 Prozent der Jugendlichen glauben nicht, dass künftige Generationen es besser haben werden als sie selbst. Die meisten blicken eher pessimistisch in die Zukunft ...

DD Da wäre es spannend zu wissen, von welchem Niveau die Jugendlichen jeweils ausgehen. Es gibt junge Menschen in Deutschland, denen es sehr, sehr gut geht. Gleichzeitig gibt es echt viele, denen es überhaupt nicht gut geht. Sie wachsen in Armut auf und kommen da aufgrund der bestehenden Strukturen nicht raus. Ich glaube, dass man das verändern kann und auch muss – sonst würde ich einen anderen Job machen. Allerdings muss man dafür strukturelle Veränderungen einfordern. Leider vermittelt unser System den Menschen häufig, dass sie keine Veränderung schaffen können. Da sagt man dann zu den Aktivist:innen der Fridays-for-Future-Demos »Geht mal in die Schule, anstatt zu demonstrieren!« So ein Quatsch. Wir erreichen keine Veränderung, wenn die einfach brav die Schulbank drücken. Veränderungen gibt es dann, wenn Menschen auf die Straße gehen und in den Streik. Ich glaube, wenn wir an den Punkt kämen, an dem junge Menschen realisieren, dass sie Veränderungen gestalten können, werden sie vielleicht optimistischer in die Zukunft blicken. Ich bin der festen Überzeugung, dass es den Menschen in einigen Jahren besser gehen muss, aber eben in Summe – nicht nur den Menschen in Deutschland, sondern weltweit. •

Benachteiligung

2050 werden Menschen in Deutschland nicht mehr aufgrund von Nationalität, Hautfarbe, Gender oder Religion benachteiligt.

14- bis 24-Jährige*



stimme voll und ganz zu stimme gar nicht zu

Soziale Gerechtigkeit

Deutschland wird 2050 sozial gerechter sein.

14- bis 24-Jährige*



stimme voll und ganz zu stimme gar nicht zu

Bildungssystem

Deutschland wird 2050 ein erstklassiges Bildungssystem haben.

14- bis 24-Jährige*



stimme voll und ganz zu stimme gar nicht zu

Klimawandel

Deutschland wird bis 2050 den Klimawandel im Griff haben.

14- bis 24-Jährige*



stimme voll und ganz zu stimme gar nicht zu



2050

Friedvolles Zusammenleben

Die Menschen werden 2050 in Deutschland friedlicher zusammenleben als heute.

14- bis 24-Jährige*



stimme voll und ganz zu stimme gar nicht zu

Nur

8%

der befragten Menschen glauben, dass es zukünftigen Generationen besser gehen wird.

*Grundgesamtheit: deutschsprachige Bevölkerung zwischen 14 und 24 Jahren, Werte in Prozent, fehlende Werte zu 100 Prozent; weiß nicht, n = 2.124.

54%

fordern mehr junge Politiker:innen.



Mehr junge Politiker:innen

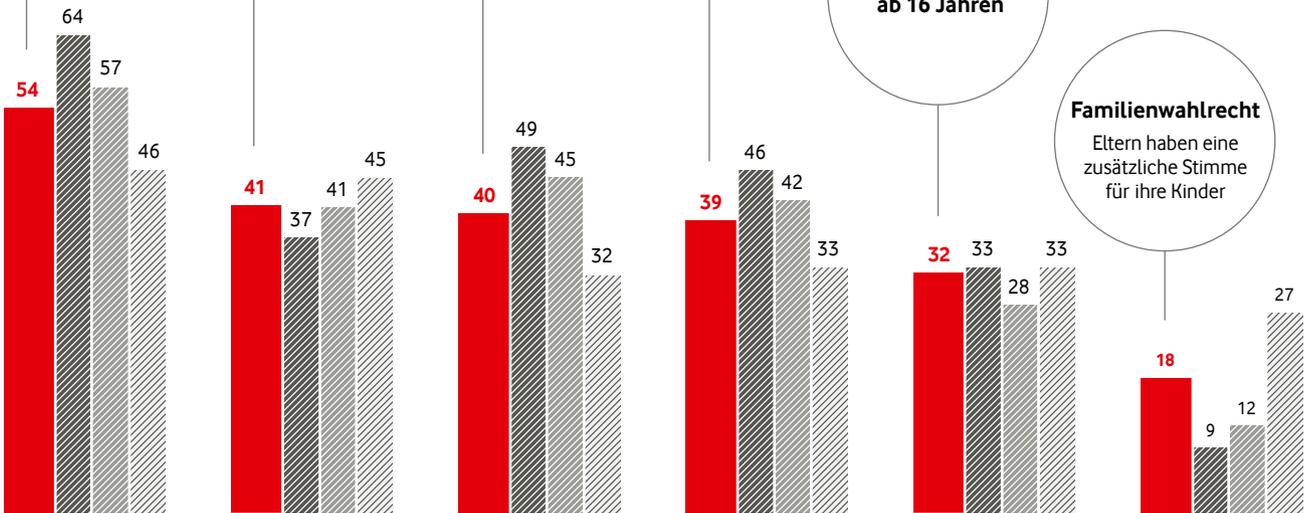
Schaffung eines Jugendrats zur Beratung der Bundesregierung

Mehr digitale Möglichkeiten zur Beteiligung

Mehr Beteiligung abseits von Wahlen z. B. durch Bürgerentscheide

Wählen ab 16 Jahren

Familienwahlrecht Eltern haben eine zusätzliche Stimme für ihre Kinder



■ 14- bis 24-Jährige ▨ formal hohe Bildung ▩ formal mittlere Bildung ▪ formal niedrige Bildung

Grundgesamtheit: deutschsprachige Bevölkerung zwischen 14 und 24 Jahren, Werte in Prozent, n = 2.124.

Mehr junge Politiker:innen und einen Jugendrat

Die politische Wunschliste junger Menschen

»Was würdest du dir am meisten wünschen, damit die Interessen junger Menschen in der Politik besser berücksichtigt werden?« Bei dieser Frage konnten die jungen Männer und Frauen aus einer Reihe von Vorschlägen auswählen und angeben, was ihnen besonders wichtig ist.

Repräsentation durch junge Politiker:innen und einen Jugendrat

Die meisten (54 Prozent) der 14- bis 24-Jährigen wünschen sich mehr junge Politiker:innen. Diese Forderung steht unabhängig von Alter, Bildungshintergrund oder Geschlecht der Befragten auf Platz 1 der Wunschliste.

Ebenfalls wichtig ist den jungen Menschen die Schaffung eines Jugendrats, der ihre Position gegenüber der Bundesregierung vertritt (41 Prozent). Bei jungen Männern und Frauen mit formal niedriger Bildung erhielt der Vorschlag eines Jugendrats mit 45 Prozent fast dieselbe Zustimmung wie die Forderung nach mehr jungen Politiker:innen (46 Prozent). Im Vergleich dazu wünschen sich 37 Prozent der jungen Menschen mit formal hoher Bildung einen Jugendrat, während sich 64 Prozent von ihnen für mehr junge Politiker:innen aussprechen (vgl. Abb. S. 28).

Digitale Beteiligungsmöglichkeiten und Bürgerentscheide

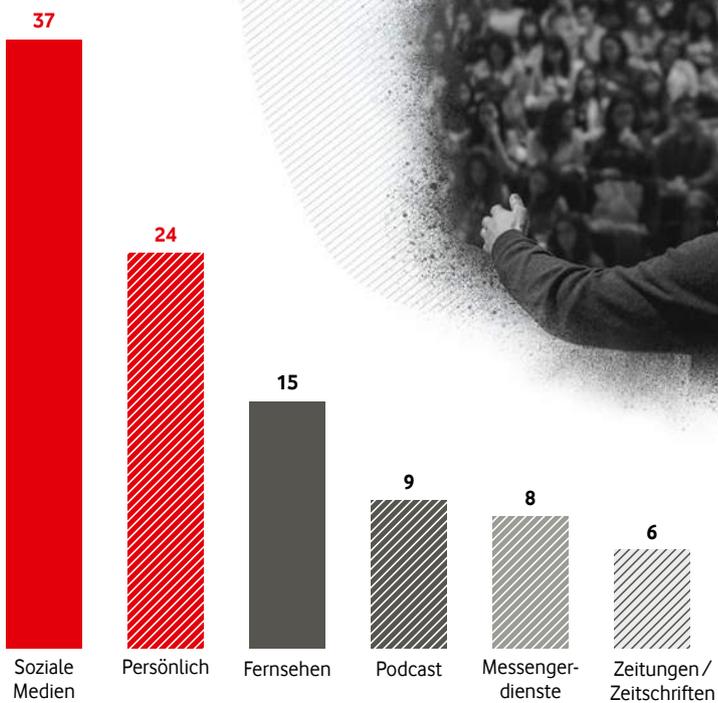
Der Ausbau digitaler Beteiligungsmöglichkeiten (40 Prozent) und mehr Möglichkeiten, sich jenseits von Wahlen in politische Entscheidungen einzubringen z. B. durch Bürgerentscheide (39 Prozent), sind den befragten 14- bis 24-Jährigen ebenso wichtig. Dabei finden digitale Beteiligungsmöglichkeiten deutlich mehr Anklang bei jungen Menschen mit hohem formalem Bildungshintergrund (49 Prozent) als bei Menschen mit niedrigem formalem Bildungshintergrund (32 Prozent) (vgl. Abb. S. 28).

Senkung des Wahlalters und Familienwahlrecht

Die von der amtierenden Bundesregierung geplante Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre wünschen sich Jugendliche und junge Erwachsene deutlich seltener (32 Prozent). Die Einführung eines Familienwahlrechts findet mehr Zustimmung bei den Befragten mit niedrigem formalem Bildungsniveau (27 Prozent) als bei Gleichaltrigen mit hohem formalem Bildungsniveau (9 Prozent) (vgl. Abb. S. 28).

37%

wünschen sich mehr
Präsenz von Politiker:innen
in sozialen Medien.



Grundgesamtheit: deutschsprachige Bevölkerung zwischen 14 und 24 Jahren, Werte in Prozent, n = 2.124.

Soziale Medien und persönlicher Austausch

Präsenz und Kontakt

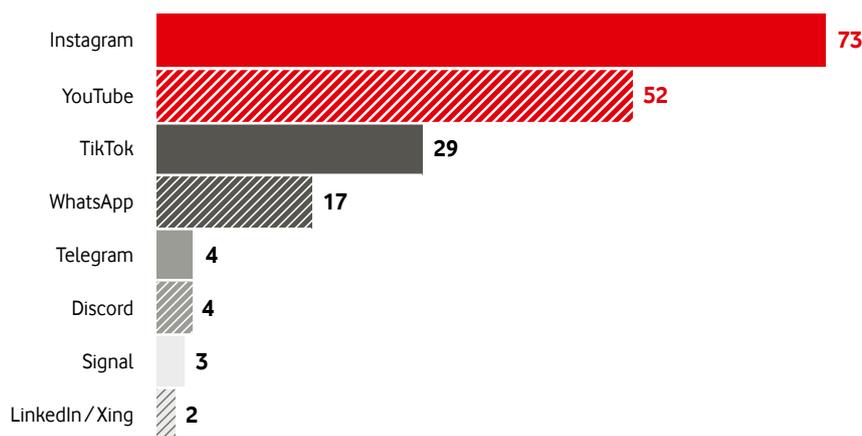
37 Prozent der Befragten wünschen sich mehr Präsenz von Politiker:innen in den sozialen Medien. Knapp ein Viertel der jungen Menschen (24 Prozent) hätte gerne mehr persönliche Kontakte, z. B. bei Veranstaltungen oder in den Schulen. Podcasts (9 Prozent), Messengerdienste (8 Prozent) sowie Zeitungen und Zeitschriften (6 Prozent) scheinen dagegen nur eine untergeordnete Rolle zu spielen (vgl. Abb. S. 30).

Die junge Generation wünscht sich mehr Sichtbarkeit von Politiker:innen auf Instagram

Die meisten Befragten, die Politiker:innen gerne verstärkt in den sozialen Medien sehen würden, wünschen sich mehr Präsenz auf Instagram (73 Prozent). Es folgen – jeweils mit deutlichem Abstand – YouTube (52 Prozent) und TikTok (29 Prozent). Von den Messengerkanälen erhält WhatsApp mit 17 Prozent die meiste Zustimmung. Auf Telegram (4 Prozent), Discord (4 Prozent), Signal (3 Prozent) und LinkedIn/Xing (2 Prozent) scheinen junge Menschen keine Präsenz von Politiker:innen zu erwarten (Abb. 11).

Abb. 11

Bevorzugte Social-Media-Plattformen und Messengerdienste für mehr Präsenz für Politiker:innen



Grundgesamtheit: deutschsprachige Bevölkerung zwischen 14 und 24 Jahren Soziale Medien und / oder Messengerdienste lt. Frage 14, n = 833, Werte in Prozent.

Untersuchungssteckbrief

Methodische Gesamtverantwortung und Durchführung

infratest dimap Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung mbH

Stichprobe

Die Grundgesamtheit für die Befragung bildeten 2.124 deutschsprachige Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 14 und 24 Jahren in Privathaushalten in Deutschland. Die Stichprobenziehung erfolgte als Quotenstichprobe. Die Quoten wurden so angelegt, dass die Stichprobe in den wesentlichen Merkmalen der Struktur der Grundgesamtheit entspricht.

Art der Befragung

Online-Befragung

(CAWI = Computer Assisted Web Interviewing)

Zeitraum der Befragung

7. September bis 27. September 2021

Impressum

Über die Vodafone Stiftung Deutschland

Die digitale Welt aktiv zu gestalten, erfordert neue Kompetenzen. Wir müssen neue Technologien verstehen, Veränderungen kritisch hinterfragen und gemeinsam kreative Lösungen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts schaffen. Deshalb denkt die Vodafone Stiftung Bildung für die digitale Gesellschaft neu. Gemeinsam mit Vorreiter:innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft forschen wir, engagieren uns in gesellschaftspolitischen Debatten und entwickeln innovative Bildungsangebote.

www.vodafone-stiftung.de

Herausgeber

Vodafone Stiftung Deutschland gGmbH

Ferdinand-Braun-Platz 1

40549 Düsseldorf

info@vodafone-stiftung.de

www.vodafone-stiftung.de

Verantwortlich: Dr. Johanna Börsch-Supan

Projektleitung

Dr. Johanna Börsch-Supan, Esther Spang, Laura Schubert

Gestaltung und Illustration

NORDSONNE IDENTITY, Berlin / nordsonne.de

Lektorat

Lange, Hamburg/richtiggut.com

Bildnachweise

Titelbild (v.l.n.r.) Aktivistinnen: [istockphoto.com/Rawpixel](https://www.istockphoto.com/Rawpixel); Aktivist mit Schild: [istockphoto.com/urbazon](https://www.istockphoto.com/urbazon); Bundestag: unsplash.com/@tomradetzki; Frau mit Megafon: unsplash.com/@mbaumi; Frau in Megafon sprechend: [istockphoto.com/Drazen Zigic](https://www.istockphoto.com/Drazen Zigic) S. 4 (v.l.n.r.) Kamerafrau: unsplash.com/@spaablauw; Bundestag: unsplash.com/@br_am; Hand und Smartphone: unsplash.com/@charlesdeluio; Redner: unsplash.com/@mayaibuki S. 6 (v.l.n.r.) Arme mit Schild: unsplash.com/@munshots; Frau mit Megafon: unsplash.com/@mbaumi S. 8 (v.o.n.u.) Hand: unsplash.com/@regeci; Bundestag: unsplash.com/@tomradetzki S. 10 (v.l.n.r.) Aktivist mit Schild: [istockphoto.com/urbazon](https://www.istockphoto.com/urbazon); Aktivistinnen: [istockphoto.com/Rawpixel](https://www.istockphoto.com/Rawpixel); Frau mit Megafon: [istockphoto.com/Drazen Zigic](https://www.istockphoto.com/Drazen Zigic) S. 12 + 13 (v.l.o.n.r.u.) Junger Mann schreibt an Wand: unsplash.com/@theeastlondonphotographer; Tafel: unsplash.com/@edoronila; Schulbänke: unsplash.com/@ivalex; Junge Frau mit Plakat: [istockphoto.com/Halfpoint](https://www.istockphoto.com/Halfpoint); Junge Frauen gestalten Plakate: pixabay.com/@aedrozda S. 14 (v.l.n.r.) Sitzende Frauen: unsplash.com/@nate_dumlao; Post-It: unsplash.com/@inthemakingstudio; Junger Mann mit Maske: unsplash.com/Pavel Anoshin S. 16 (Porträt) Max Lucks: Dominik Butzmann; Junge Frau am Rednerpult: [istockphoto.com/Lisa5201](https://www.istockphoto.com/Lisa5201) S. 18 (Porträt) Ria Schröder: Patrick Lux; Megafon: unsplash.com/@mbaumi; Hand und Smartphone: unsplash.com/@charlesdeluio S. 20 + 21 (Porträt) Tobias Bacherte: Philipp Sigle; Schulbänke: unsplash.com/@ivalex S. 22 + 23 (Porträt) Maximilian Funke-Kaiser: Dominik Konrad; Hand mit Smartphone: unsplash.com/@mediamodifier S. 24 (Porträt) Deborah Düring: Victor Martini; Papierknäuel: unsplash.com/@rbbnbl; Mikrophon: unsplash.com/@annanes S. 26 (v.l.n.r.) Papierflieger: pixabay.com/@vimbroisi; Erdkugel: unsplash.com/@nypl; Teleskop: unsplash.com/Rik van der Kroon S. 28 (v.l.o.n.r.u.) Junge Frau am Rednerpult: [istockphoto.com/Lisa5201](https://www.istockphoto.com/Lisa5201); Delegierte mit Hijab: [istockphoto.com/shironosov](https://www.istockphoto.com/shironosov); Junger Mann: [istockphoto.com/Yuri_Arcurs](https://www.istockphoto.com/Yuri_Arcurs); Publikum: unsplash.com/@aronpw; Hand mit Smartphone: unsplash.com/@le_buzz S. 30 (v.l.n.r.) Hand mit Smartphone: unsplash.com/@mediamodifier; Veranstaltung mit Redner: unsplash.com/@miguel_photo



**Legt
los!**



**Vodafone
Stiftung
Deutschland**